

Apollo-Theater
Neu.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Förster
Christel
Operette in 3 Akten.
In Vorbereitung:
Die Singschnee.
Operette in 3 Akten.
Piano
Stimmen,
Reparieren,
Mauelshagen,
Niederstr. 39, Tel. 1127.
Für Aufnahmen
ist mein
Atelier
täglich geöffnet von
morg. 9-6 Uhr nach-
mittags, Sonntags ge-
öffnet von 10-1 Uhr.
H. Klein. Telefon
527.
M.-G.-U. „Novella.“
Morgen abend 8 Uhr
Probe, nach. Einübungen
Brennholz
und **Späne**
abzugeben.
Friedr. Falkenstein,
Telef. Nr. 25.
Düngesalz,
schw. Ammoniak,
Am.-Sup. 9-9,
Thomasmehl
sowie sämtliche
Baumaterialien
empfehlen
H. Bergerhausen & Sohn
Dorrm., Stat. Dorrmagen
Guterhaltene
dreiteilige
Fenster
mit Glas und Holz-
rahmen, sowie gute
Schimmerlücken mit Gu-
ter und Bekleidung bil-
lig abzugeben.
Deu. Florat,
Ditt.-Boch, Erenstr. 37
3-4 Monate alt, gutes
Suppliment
an einjährigen Eltern
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisang.
ab zu richten an: D. 3589
in der Exped. dieser Bla.
Wunde mit Rücken
verkauft.
Weichen 91.
10 einjährige schwere
Gänse
eine noch gut, lange
aber nicht preiswert ab
D. 351 m. 8. Raach,
Dümmelhof.
Roggenstamen
abgegeben und
verkauft.
Bei Schiffer,
Hofbäckerei-Ginger.
Verkauf
einen Hand in 10 Rollen-
stern in einem Zylinder
verkauft, ebenfalls Waage-
inangemessen.
Münsterplatz 27.
für die Herbst-Ausgabe
ist die Original-Brosch.
abzugeben.
Extra Dinkel
Weizen
Original-Brosch.
Bestellungen nehmen sehr
an entgegen.
Franz Sommer,
Oppinghofer Mühle,
Hofheim b. Neuß.
Ein noch gut erh. Ran-
nen abzugeben.
Hofheim, Mühlenstr. 14.
Trüff. Handkarre
zu verkaufen.
Kreuzenbrunn
Hütten-Boch.
Abfahrtsformulare
für den Winter werden
baldig von der
Gesellschaft für Wsch-
drucker, Neuß.
Zweiter Preiszug.
Posten 96.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich
Kernsprecher Nr. 53.
Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Gleichbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.
Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 181 | Verantwortliche Schriftleitung: J. V. Franz Keil | Dienstag, 9. August 1921 (Romanus) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 48. Jahrgang

Die Tagung des Obersten Rates der Alliierten.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 8. Aug. Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ erhielten bei den Arbeitsstammerversammlungen im Ruhrbergbau die freien Gewerkschaften 12 Vertreter und 11 Stellvertreter, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die polnische Berufsvereinigung 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der christliche Metallarbeiterverband und Hirsch-Dünker-Gewerksverein je einen Stellvertreter. Drei Listen waren unzulässig, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufwiesen. Die auf diesen Listen abgegebenen 40 195 Stimmen schiedens deshalb bei der Zählung aus. Von den unzulässigen Stimmen entfielen rund 36000 Stimmen auf die Unionisten, rund 3000 auf die Syndikalistischen, die linksradikalen werden also in der Arbeitsstammerversammlung nicht vertreten sein.
Kattowitz, 8. Aug. Im obereschlesischen Industriebezirk verhielten die Polen gestern, für heute den Streik zu verhängen. Der Streik zum Streik ist so gut wie wirkungslos verhallt. Im Großen und Ganzen sind die Belegschaften heute voll angefahren.
Paris, 8. Aug. Wie die Sabasagentur mitteilt, erklärte Lloyd George einer Delegation amerikanischer Journalisten, er werde sich nicht nach Washington begeben, um England auf der Weltkonferenz zu vertreten. Der englische Premierminister bezeichnete die Persönlichkeit nicht, die beauftragt wird, Großbritannien auf dieser Konferenz zu vertreten.
Paris, 8. Aug. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, wurden General de Marini und Sir Harold Stuart vom obersten Rate beauftragt, diesem in seiner morgigen Sitzung einen Bericht über ihren Standpunkt in der Frage der Truppenverstärkungen vorzulegen.

Der Oberste Rat.

Paris, 8. Aug. Wie der „Petit Parisien“ glaubt, wird in der heutigen Sitzung des obersten Rates beantragt werden, die militärischen Sachverständigen zu vernachlässigen. Es werden jedenfalls gehört werden General L e r o n d, Sir H a r a l d S t u a r t, General de M a r i n i und Marshall F o c h. Echo de Paris glaubt übrigens, daß die erste Sitzung vielleicht erst um 3 Uhr nachmittags beginnen werde. Nach dem Petit Journal scheint es wahrscheinlich, daß der heutige Tag nur den Auseinandersetzungen der verschiedenen Wortführer der einzelnen Delegationen gewidmet sein wird, und daß erst morgen in die eigentliche Diskussion eingetreten wird.
Paris, 8. Aug. Lloyd George hat heute vormittag im Hotel Sir Harold Stuart und Lord Curzon empfangen.
Paris, 8. Aug. Der „Temps“ meldet, daß der englische Premierminister sich auch mit den britischen Mitgliedern der Sachverständigenkommission für die obereschlesische Grenzfrage besprochen habe.

Die erste Sitzung.

Paris, 8. Aug. Kurz nach 3 Uhr hat die Tagung des obersten Rates unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand begonnen. Sämtliche Delegierte sind anwesend. Die belgische Delegation ist nicht vertreten, da auf der Tagesordnung die obereschlesische Frage steht. Nachts von Briand hat Lloyd George Platz genommen, links von ihm sitzt der italienische Ministerpräsident Bonomi.
Paris, 8. Aug. Ueber die erste Sitzung des obersten Rates wurde folgender amtlicher Bericht herausgegeben:
Der oberste Rat ist um 3 Uhr nachmittags im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Briand bewillkommnete die Delegierten und gab in ihrem Namen seiner Befriedigung Ausdruck über die Klugheit des Vertreters der Vereinigten Staaten in den Rat der Alliierten. Der Sachverständigenaustausch wurde alsdann eröffnet, das Ergebnis seiner Arbeiten zur Kenntnis zu bringen. Der Präsident dieser Kommission legte die juristischen Grundzüge auseinander, über die sich die Sachverständigen einstimmig geeinigt haben. Sir Cecil Hurst entwickelte im einzelnen den englischen Standpunkt. Darauf folgte Karoche die französische These auseinander und Torre Franca die Bemerkungen der italienischen Delegation. Der oberste Rat wird morgen vormittag die alliierten Oberkommissare in Opatow über die verschiedenen Fragen hören, die sich auf die gegenwärtige Lage in Oberschlesien und insbesondere der Frage der Sicherheit beziehen.
Paris, 8. Aug. Ueber den Verlauf der ersten Sitzung des obersten Rates verbreitet die Sabasagentur folgende Einzelheiten: Ministerpräsident Briand als Vorsitzender appellierte an die Einigkeit aller, um die ersten und schwierigsten Probleme zu lösen. Lloyd George bemerkte, daß das obereschlesische Problem vielleicht das schwierigste von denen sei, die der oberste Rat bisher zu lösen gehabt habe.

Das Problem sei an sich vielleicht weniger schwierig, wenn es nicht durch äußere Umstände so verwickelt geworden sei. Er sei jedoch überzeugt, daß, wenn alle Mitglieder des obersten Rates das Problem mit dem ersten Willen zu einer Einigung zu gelangen, in Angriff nehmen, die Lösung möglich sei. Uebergehend zu der Verhandlungsmethode, der man folgen solle, erklärte der englische Premierminister, daß es sich vielleicht empfehle, zuerst die Auseinandersetzungen der Sachverständigen zu hören, um alsdann, wie man übereingekommen sei, die Frage der Verstärkungen für Oberschlesien zu erwägen.

Außerungen der englischen Presse.

London, 8. Aug. Die ganze Presse befaßt sich in den heutigen Telegrammen und Zeitartikeln mit der heute beginnenden Konferenz des obersten Rates. Die Blätter weisen alle auf die in der obereschlesischen Frage zwischen der britischen und französischen Regierung bestehenden Meinungsverschiedenheiten hin. Die Times erklärt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Sachverständigen liege dem Streik mit Bezug auf die allgemeine Politik zu Grunde und darin nicht in der obereschlesischen Frage selbst, sei der Ernst der augenblicklichen Konferenz des obersten Rates begründet. Es handle sich wieder um die Frage, welche Haltung gegenüber Deutschland eingenommen werde und in dieser fundamentalen Friedensfrage stimmen die Ansichten der britischen und französischen Regierung nicht überein.
Der diplomatische Berichterstatter des Daily Chronicle berichtet aus Paris, die in der Mehrheit sich befindenden radikalen Franzosen erklären: Vernein! Deutschland, das ist alles gut! Die anderen hingegen erklären, wenn man Deutschland vernichtet, so wird das zu einer allgemeinen Katastrophe führen. Der Berichterstatter bezeichnet den Meinungsstreit in der obereschlesischen Frage als eine endgültige Krise. Er erklärt, es sei zweifelhaft, ob die englisch-französische Entente, die den Krieg gewonnen habe, in dieser Woche noch bestehen werde. In Frankreich werde von gewisser Seite ganz offen erklärt, daß ein schwaches Deutschland die beste Gewähr für den europäischen Frieden sei. 1871 hätten die Deutschen daselbst gesagt und genau denselben Fehler gemacht, den Frankreich heute mache. Lloyd George habe als wahrer Freund Frankreichs, wie auch als wahrer Schlichter der britischen Interessen. Wenn er sich dem Wahnsinn widersetze, Deutschland jetzt denselben gefährlichen Grund zu geben, den man 1871 Frankreich durch die Wegnahme von Elsaß-Lothringen gegeben habe.
Der Berichterstatter des Daily Chronicle schreibt weiter, kein Ministerpräsident könne an einem Nebeneinkommen teilnehmen, das einen Krieg früher oder später unvermeidlich mache und daher widersehe sich Lloyd George energisch der Kostrennung des Industriebezirks Oberschlesiens von Deutschland. Von der Antwort, ob Oberschlesien von Deutschland losgetrennt werden soll oder nicht hänge die Fortdauer der Entente zwischen Frankreich und England ab. Augenblicklich erscheinen die widerstrebenden Ansichten Frankreichs und Englands in Bezug auf die geographische und wirtschaftliche Zukunft Oberschlesiens völlig unversöhnlich miteinander.

London, 8. Aug. Morningpost meldet: Die Frage der Verstärkungen werde sofort erörtert werden. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß eine Verstärkung der alliierten Truppen in Oberschlesien gegenwärtig nicht notwendig sei und nicht notwendig werde, wenn die gesamten Fragen rasch gelöst würden. Die französische Regierung sei andererseits überzeugt davon, daß eine Verstärkung der Truppen in Oberschlesien unbedingt notwendig sei. Das Blatt erklärt, daß Frankreich vorschlagen werde, daß der oberste Rat keine Entscheidung bezüglich der besten Regelung der Grenze treffe bis die nötigen Verstärkungen in ihren ihnen zugewiesenen Standorten in Oberschlesien seien. Morningpost meldet außerdem, die englische Regierung werde für die Aufhebung der Sanktionen eintreten. Auch in amtlichen belgischen Kreisen sei eine Meinung zu Gunsten der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vorhanden. Die belgischen Sozialisten seien auch für die Aufhebung der militärischen Sanktionen.
London, 8. Aug. Pall Mall and Globe meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei. Zwischen der Ansicht der Engländer und derjenigen der Franzosen bestehe eine breite Kluft. Lloyd George erwartet nicht eine sofortige Lösung der obereschlesischen Schwierigkeit. Er sei entschlossen, auf der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles nach Geiß und Buchstaben durch Frankreich und alle anderen Unterzeichner zu bestehen. Ein Mitglied der Regierung erklärte heute laut Pall Mall and Globe, augenblicklich erschienen die Standpunkte der britischen und der französischen Regierung unvereinbar miteinander. Wenn Briand nicht die Korrektheit des britischen Standpunktes anerken-

nen wolle, so müsse die bedauernde Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß Frankreich die von ihm für notwendig gehaltene Aktion ohne Unterstützung der Alliierten unternehme. Wie angenommen wird, hat Lloyd George bereits auf die sehr große Verantwortung hingewiesen, die die französische Regierung durch eine solche Aktion übernehmen würde.
London, 8. Aug. In einem Artikel der Morningpost über die Sanktionen, für deren Aufhebung in belgischen amtlichen Kreisen eine Einigung erzielt worden sei, heißt es weiter, da die belgischen Sozialisten im Kabinett die Stärkeren seien, so müßten selbstverständlich deren Ansicht in Betracht ziehen. Es sei jedoch möglich, daß die belgische Delegation für eine teilweise Aufhebung der wirtschaftlichen als auch der militärischen Sanktionen eintrete, jedoch die Beibehaltung der Befehung von Düsseldorf, Aachen und Trierburg fordern werde, um damit der Unzufriedenheit der Alliierten mit den Leipziger Urteilen Ausdruck zu geben.

Am Oberschlesien.

Paris, 8. Aug. Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses zur Regelung der obereschlesischen Grenzfrage stellt nach dem Temps fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt wurde:
1. Daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß man sich also nicht auf die im gesamten Abstimmungsgebiet bei einer Partei erzielten Mehrheit berufen kann, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen;
2. Der Friedensvertrag schreibe vor, daß bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werde auf die Wünsche der Bevölkerung, die für die Volksabstimmung zum Ausdruck kommen und auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung;
3. daß man bei der Grenzzielung sich von der gemeindefreien Abstimmung leiten lassen müsse.
Die Sachverständigen haben nach dem Temps verschiedene Vorschläge für die Grenzführung geprüft und sie schließlich auf zwei Lösungen herabgemindert. Der von Graf Sforza empfohlene Vergleich sei vom Sachverständigenaustausch nicht wieder angenommen worden. Die in Frage kommenden beiden Lösungen hätten keine Einstimmigkeit gefunden. Beide Pläne verlangten die Unterteilung des Industriebezirks. Die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zuschlagen, während die italienisch-englische es wenigstens zum größten Teil Deutschland zusprechen wolle.

Der deutsche Industrie- und Handelsrat

richtete an den Reichskanzler folgende Eingabe: In seiner Sitzung vom 28. Juni d. J. hat der Hauptauschuss des deutschen Industrie- und Handelsrates es für notwendig erklärt, daß das durch die Schuld der Feinde so schwer mißhandelte Oberschlesien, das einen unentbehrlichen Teil des deutschen Wirtschaftskörpers bilde, ihm in vollem Umfang

erhalten bleibe, denn nur, wenn die wirtschaftlichen Kräfte sich zu entfalten vermöchten, könne das deutsche Volk genesen, und könnten auch, soweit es überhaupt möglich sei, die Ansprüche seiner Feinde von ihm befriedigt werden. Im Hinblick auf die nahe bevorstehende Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens bringen wir diese Erklärung mit Nachdruck zur Geltung. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das angeblich der Leitstern für die neue Zeit werden sollte, nach dem Kriege im Osten und Westen des Vaterlandes aufs Größte verletzt worden, so darf sich dies jetzt nicht wiederholen. Die Volksabstimmung in Oberschlesien ist in unzweifelhafter Weise zugunsten des Verbleibens beim Deutschen Reich ausgefallen. Danach muß sich die Entscheidung richten. Es darf auch nicht zugestanden werden, daß Teile Oberschlesiens, in denen die polnische Bevölkerung überwiegt, vom Reich losgerissen werden. Das Land muß als untrennbar behandelt werden, da seine Bezirke untereinander und mit dem Reich wirtschaftlich aufs Engste verflochten sind. Die große Bedeutung Oberschlesiens liegt in seiner Industrie; ihre Entwicklung ist das Werk des deutschen Geistes und deutscher Arbeit. Wenn sie in polnische Hände fiele, würde sie verkümmern und es würde dadurch der Weltwirtschaft ein großer Verlust zugefügt werden. In letzter Stunde bitten wir, daß nichts verjährt werde, um ein solches Unheil abzuwehren.

Brandkatastrophen.

Zu der Brandkatastrophe Hernhut erzählt der Berliner Lokal-Anzeiger noch, daß das in einer Fabrik ausgebrochene Feuer sich infolge starken Nordweststurmes außerordentlich rasch ausbreitete, so daß nach kurzer Zeit schon 18 Häuser in Brand gerieten. Das Rettungswerk wird trotz Gegenwehr zahlreicher Feuerwehren durch großen Wassermangel sehr behindert, so daß noch weitere Häuser bedroht sind. Das gleiche Blatt berichtet weiter von großen Bränden in mehreren badischen Ortschaften. So wurden in Zeilhausen drei große Scheunen mit Futtervorräten eingeäschert und in Dundenheim bei Offenburg neun Gebäude. In Rastatt brannten die Stallungen der Hofkammer nieder, wobei 19 wertvolle Pferde, darunter das Remppferd Subertus, mit verbrannten.

Schiffsbruch.

Eureka (Kalifornien), 8. Aug. Beim Schiffsbruch der Alaska fanden 36 Reisende und 12 Mann der Besatzung den Tod, 166 Reisende wurden an Land gebracht, davon 30 schwer verwundet. Bisher wurden 12 Tote geborgen. Das Unglück ist durch Nebel verursacht worden, der plötzlich hereinbrach. Bei dem Aufahren auf das Riff erhielt das Schiff ein ungeheures Loch und sank in 30 Minuten. Vier Rettungsboote der Alaska konnten zu Wasser gelassen werden, aber eins davon stürzte um, so daß seine Insassen ins Meer fielen. Mehrere Reisende, die einen Rettungsgürtel hatten, wurden einige Stunden später aufgehoben. Sie hatten sich an Nüsse über Wasser gehalten, indem sie sich an den Trümmern des Wracks festklammerten. Der Kapitän der Alaska ist zum letzten Male auf der Brücke erblickt worden, als das Schiff in den Wellen verschwand.

Der Saatenstand.

Berlin, 8. Aug. Die statistische Korrespondenz begutachtet den Saatenstand in Preußen zu Anfang August, wenn 2 gut, 3 mittel bedeutet, den Winterweizen mit 2,5, gegen 2,4 im Anfang Juli, den Sommerweizen mit 2,8 (2,7), den Winterroggen mit 2,6 (2,5), den Sommerroggen mit 2,3 (2,1), die Wintergerste mit 2,6 (2,6), die Sommergerste mit 2,9 (2,8), den Hafer mit 3,2 (3,1), die Kartoffeln mit 3,5 (2,8), die Zuckerrüben mit 3,1 (2,7). Im Monat Juli wurden viele Hoffnungen auf eine befriedigende Ernte durch den Verlauf der Witterung stark herabgemindert, teils sogar vernichtet. Die fast den ganzen Monat anhaltende Gluthitze hat neben der ungewöhnlichen Trockenheit die meisten Getreidearten in ihrer Entwicklung und in ihrem Gedeihen stark behindert und geschädigt. In vom Ende des Monats Juni ab bestehende ausgeprochenen Trockenheit hält mit kurzen Unterbrechungen durch örtlichen Regen oder Gewitter jetzt noch an. Die größte Enttäuschung bringt die Beurteilung der Kartoffeln, der Futterpflanzen und der Weizen. Die Getreidearbeiten sind überall im Gange gehen bei sonnigem Wetter flott voran. Sämtliche Getreidearten reifen schnell und fast gleichzeitig. Bei der Fortdauer der bisherigen Witterung glaubt man, bis Mitte August alles geerntet zu haben. Lagerungen in den Feldern sind nicht häufig. Die Vorerntungen der Getreide durch Streich werden nur vereinzelt gemeldet. Bei vielen Fruchtarten ist infolge tropischer Hitze, besonders beim Hafer, vielerorts Rotz eingetreten. Das eingefahrene Getreide und die Getreidefrüchte befinden sich in einem sehr trockenen Zustand, daß mit dem Drusch schon hätte begonnen werden können, doch fehlt es

dazu meist an der Zeit. Druschproben liegen somit noch wenig oder gar nicht vor. Der Strohertrag soll bei dem Wintergetreide im allgemeinen zufriedenstellend sein. Mit Vorforschung blickt man allgemein z. Bt. auf die Entwicklung und das Gedeihen der Kartoffeln und der sonstigen Hackfrüchte. Nur in wenigen Fällen wird der Stand der Früh- und Spätkartoffeln als günstig bezeichnet, zumeist wird angegeben, daß sie unter der Dürre sehr leiden, mehrfach aber, daß sie bereits verweltet und umgefallen sind. Das Wachstum der Rüben- und Kohlsorten ist gleichfalls zum Stillstand gekommen. Die Pflanzen sehen recht dürrig aus. Ein durchdringender Regen würde allerdings bei den Kartoffeln und Rüben auch jetzt noch Wunder wirken, obwohl zu erwarten wäre, daß die hierdurch schon notleidenden und am Reifen befindlichen Kartoffeln frühe Knollenansätze erhielten. Ueber die Futterpflanzen, Weizen und Weiden lauten die Nachrichten übereinstimmend recht trübe. Ein zweiter Schnitt ist nur bei gutbeirten Flächen und nassen Weiden zu erwarten. Die Weiden sind gleichfalls kahl. Das Vieh mußte stellenweise in den Stall genommen werden. Da der erste Heuschnitt zwar gut heringekommen, aber an Menge nur mittelmäßig war, so ist mit einer Raufutterknappheit für den Winter zu rechnen, wenn nicht eine längere Regenzeit bald einsetzt und das Vieh bis hoch in den Spätherbst noch draußen genügend Nahrung findet. Bisher war auch die Befüllung in den Zwischenfrüchten, wie Stoppelrüben usw., zweifellos, weil der Samen nicht aufgetrieben und die Pflanzen verdorren. Ebenso haben Geradella, Lupinen usw. verlagert.

Die neuen Steuergefeß-Entwürfe.

(Schluß.)

10. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Umsatzsteuergefeßes, Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Die Möglichkeit der Vereinfachung der Umsatzsteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.

11. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Körperschaftsteuergefeßes. Die Körperschaftsteuer soll bei den Erwerbsgesellschaften 30 v. H. des gesamten steuerbaren Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen der Erwerbsgesellschaften sollen abgeschwächt, die Erhöhung der Körperschaftsteuer durch eine Minderung der Besteuerung des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise ausgeglichen werden.

12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergefeßes unter vollständiger Umgestaltung des Reichsteuergesetzes, aus dem die Besteuerung der Kassenkonten, Versicherungen und Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen worden ist. Es sollen die der Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrssteuergefeß zusammengefasst werden. Hierunter fallen die Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinlagen beschränkt ist. Hierunter ist insbesondere die Besteuerung der Aktiengesellschaften mit 7 v. H. zu erwähnen. Das System der Verrentung soll unter Vorbehalt von beträchtlicher Verrentung belassen werden, jedoch unter einer Erhöhung der Sätze für Dividendenzuflüsse und insbesondere Aktien. Die Steuer soll hierfür auf Kündigungsgebühren auf 6 v. H. erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden, damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit einer Besteuerung des Dividendeneinkommens vorgesehen. Die letztere Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen. Die Verrentungssteuer soll auch die Gewährung von Bezugsrechten ergreifen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbesteuer, die gelegt wird auf das Gewerbe von ganzen Geschäftsunternehmungen und auf Sondervermögen und eine Erhöhung der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenszuwachs-Steuergefeßes. An die Stelle des geltenden Besitzsteuergefeßes soll im Anschluß an die unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach den gleichen Grundfätzen wie bei der Vermögenssteuer erfolgen soll. Die Vermögenszuwachssteuer soll 25 000 Mark nicht übersteigt, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Steuerfuß soll mit 1 v. H. für die ersten 100 000 Mark beginnen und bei den Zuwächsbeträgen über 6 Millionen Mark den Höchstfuß von 10 v. H. erreichen.

14. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchem Vermögenden nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhafte Verluste unter Berücksichtigung des Umfanges, daß es sich nicht um wertvolle Goldmark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne müssen zur Verringerung herangezogen werden — trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verstärkte Steuer- und Kapitalflucht oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des möglichen Vermögenszuwachses erfolgen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe befreit bleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuerfüße sollen sich zwischen 5 und 30 v. H. bewegen, und die Bewertung soll bei allen Vermögenswerten und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das stehende Kapital dagegen nach Maßstab des Steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angesetzt werden.

Die unter Ziffer 3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nr. 8, 11, 12, 13, 14 und 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Volkes, soweit als irgend möglich weiter ausbauen. Zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundbesitz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Ein Gedankjahr der Arbeiter-Enzyklika.

Dankbaren Herzens erinnern sich in diesem Jahre die sozialtätigen deutschen Katholiken, insbesondere die christlichen Arbeiter, des 15. Mai 1891, da vor 30 Jahren der soziale Papst Leo XIII. sein Rundschreiben über die Arbeiterfrage erließ. Zugleich erinnern sie sich dankbar jener katholischen Männer, welche damals dem Ruf des Papstes begeistert folgten und mit verdoppelter Zuehrigkeit die Durchführung der Arbeitergesetzgebung, die Gründung und den Ausbau der Berufsorganisationen und Landesvereine der Arbeiter wie die soziale Volkswohlfahrtspflege durchzuführen suchten. Es gab Länder, in welchen die Arbeiter-Enzyklika wenigstens in den ersten Jahrzehnten wenig tatkräftigen Nachhall fand und weniger Erfolg hatte. Es waren Länder, in denen auch die Katholiken noch nicht einig waren in der Erkenntnis der Notwendigkeit der Überwindung des kapitalistischen Geistes durch eine soziale Arbeit. Ganz anders vorbereiteten Boden fand die Arbeiter-Enzyklika in Deutschland. Hier hatte schon 50 Jahre vorher Ketteler alles Wesentliche gefordert und begründet, wofür das päpstliche Rundschreiben sich einsetzte. Die aufstrebende nationalökonomische Wissenschaft trat ein für kräftige Sozialreform. Seit zehn Jahren war unter dem mutigen Eintreten Kaiser Wilhelms I. in der Novemberbotschaft von 1881 und Kaiser Wilhelms II. in den Februarerlassen von 1890 eine planmäßige soziale Gesetzgebung in die Wege geleitet. Im Februar 1890 hatte Wilhelm II. die Internationale Arbeiterkonferenz einberufen und auch den Papst dazu eingeladen, der freudig seine Mitwirkung zusagte. Im gleichen Jahre konnte Papst Leo in seinem Briefe an den Kölner Erzbischof, Kardinal Krumpholtz, den deutschen Katholiken, Klerus und Laien, hohes Lob spenden für ihre eifrige und erfolgversprechende soziale Arbeit.

Gleichwohl war die Arbeiter-Enzyklika auch für die sozialtätigen deutschen Katholiken von größter Bedeutung; standen sie doch auf allen Gebieten sozialer Arbeit erst in den Anfängen, hatten sie doch in den eigenen Reihen wie auch nach draußen schwere Kämpfe zu führen. Diese hatten sie bisher geführt soziallagen im eigenen Namen, bloß gestützt auf die Autorität des sozialen Bischofs v. Ketteler und auf den Gesellenrat Kollping, der in muster-gültiger Weise die Bedeutung und die Aufgaben

winnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des möglichen Vermögenszuwachses erfolgen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe befreit bleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuerfüße sollen sich zwischen 5 und 30 v. H. bewegen, und die Bewertung soll bei allen Vermögenswerten und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das stehende Kapital dagegen nach Maßstab des Steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angesetzt werden.

Die unter Ziffer 3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nr. 8, 11, 12, 13, 14 und 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Volkes, soweit als irgend möglich weiter ausbauen. Zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundbesitz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

der Standesvereine dargelegt hatte. Nun nach dem Erscheinen der Arbeiter-Enzyklika konnten sie sich auf die Autorität des sozialen Papstes berufen, dazu auf das mutvolle Eintreten des sozialen Kaisers. Wir können, welche jene bedeutungsvollen Jahre erlebt haben, wissen, was uns das Eintreten des sozialen Papstes geschenkt hat. Es war das kirchliche Banner, unter welchem wir von nun an auch mit religiösen Autoritätsgründen kämpfen und arbeiten, um die anderen Berufsstände für die Forderungen zugunsten der Arbeiter zu gewinnen, nicht minder aber, um die katholischen Arbeiter, die erst in geringer Zahl sich in Arbeitervereinen, im Volksverein gesammelt hatten, denen die gewerkschaftliche Organisation noch fremd war, aufzuwecken und dahin zu bringen, daß sie sich nun in sozialer Bildung und Schulung mit der sozialen Entwicklung und ihren treibenden Kräften bekannt machen, daß sie sich schulen zur Förderung und Durchführung der sozialen Gesetzgebung, vor allem für die beruflich organisierte Selbsthilfe in katholischen Arbeiterstandesvereinen und christlichen Gewerkschaften.

Diese Arbeit der Interessierung und Schulung der katholischen Arbeiter war um so schwerer, weil es sich nicht, wie bei den sozialistischen Arbeitern, handelte um eine Aufspaltung der Arbeitermassen zu einer revolutionären Opposition, die jede organische Reformarbeit ablehnte. Bei den christlichen Arbeitern handelte es sich vielmehr darum, mühsam aufbauende Arbeit zu leisten. Einmal galt es, jahrhundertalte Vorurteile der übrigen Stände zu überwinden gegen eine selbständige Arbeiterbewegung, gegen eine gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiter in die Volksgemeinschaft. Noch wichtiger war die Aufgabe, die Arbeiter zu befähigen, daß sie durch eine kluge und zähe Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte Einfluß gewannen auf die Schaffung einer fortschrittlichen Arbeitergesetzgebung, vor allem, daß sie sich in der Selbsthilfeorganisation erfolgreich betätigten und reif wurden zur Selbstverwaltung ihrer Interessen. Daß auf allen diesen Gebieten der soziale Papst die Forderungen der Arbeiter stützte, gab den Massen der katholischen Arbeiter, vor allem ihren rasch sich mehrenden Führern aus dem Arbeiterstande Mut, Selbstvertrauen und Opfersinn.

Das neue Steuerbulet.

Berlin, 7. Aug. Das der Öffentlichkeit heute vorgelegte Steuerbulet bietet insofern keine besondere Überraschung, als man auf die große Mehrzahl der hier angeführten Steuern auf Grund der von verschiedenen Seiten ergangenen Andeutungen bereits gefaßt war. Im Großen und Ganzen begnügen sich die Vorschläge mit einer Erhöhung der Sätze für die bereits vorhandenen Steuern. In der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium hinsichtlich der zukünftigen Heranziehung des Besitzes ausgebrochen war und in hohem Grade die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, scheint das Finanzministerium vorläufig abgesetzt zu haben, wenigstens hört man nichts mehr darüber, daß der Reichsfinanzrat sich auf einem anderen Wege als dem der direkten Besteuerung einen Anteil an den sogenannten Goldwerten sichern will. Von der vielbesprochenen Zwangshypothek ist es vorläufig still geworden und das einzige Entgegenkommen an die Anhänger dieses Vorschlages scheint darin zu bestehen, daß man noch eine weitere Prüfung der Frage in Aussicht stellt, ob es möglich sei, den Besitz auf anderem Wege zu den Lasten des Reiches heranzuziehen. Als Ersatz für diese Zwangshypothek wird eine Land- und Vermögenseinkommensteuer mit außerordentlich hohen Sätzen vorgeschlagen. Endlich soll wohl auch eine stärkere Erhöhung des Besitzes dadurch herbeigeführt werden, daß man bei Grund- und Betriebsvermögen an Stelle des Ertragswertes den gemeinen Wert zur Grundlage der Besteuerung machen will.

Beilegung des Landarbeiterstreiks.

Schwerin, 6. Aug. Die Pressestelle der Medlenburg-Schweriner Ministerien berichtet: Das Staatsministerium Schwerin beraumte auf den 5. August abends eine Sitzung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an, in der eine Einigung im Landarbeiterstreik herbeigeführt wurde. Es wurden Vereinbarungen über Lohnzulagen getroffen, welche ab 1. August gelten. Ferner bietet der Landbund seine Vermittlung an, um ausgesprochene Kündigungen in geeigneten Fällen wieder rückgängig zu machen, und zu versuchen, das gefährdete Arbeiter anderweitig untergebracht zu werden.

Ein Engländer über die deutsche wirtschaftliche Lage.

Ein Vertreter des „Sunday Evening Telegraph“ hat in Deutschland eine Studienreise unternommen. Auf Grund von Feststellungen in den Handelszentren wird über die wirtschaftliche Lage in Deutschland folgendes Urteil gefällt: Während das wirtschaftliche Leben in England nach wie vor hinwagt, entwickelt sich der deutsche Handel mehr und mehr und droht den englischen Handel zu verdrängen. Nur ein Prozent der deutschen Bevölkerung ist arbeitslos. Die Kruppwerke in Essen, die rheinische Metallwarenfabrik in Düsseldorf und eine große Zahl anderer wichtiger Fabriken beschäftigen mehr Arbeiter als vor dem Kriege. Die Zahl der Arbeitlosen in Frankreich beträgt 47 566 und bei uns in England übersteigt sie zwei Millionen.

Die russische Hungersnot.

Bern, 6. Aug. Das Internationale Rote Kreuz-Komitee veröffentlicht eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Angesichts des Glucks der Bevölkerung Russlands und der Hungersnot, durch die sie bedroht ist, sind das Internationale Rote Kreuz-Komitee und die Liga der Rote-Kreuz-Vereine von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, den Regierungen des Völkerbundes und den Wohltätigkeitsorganisationen Vorschläge zu machen, um ein internationales Hilfswerk zu gründen, das die Tätigkeit der einzelnen Regierungen zur Versorgung Russlands mit Lebensmitteln zentralisiert. Das Internationale Rote-Kreuz-Komitee ist überzeugt, daß nur ein mächtiger internationaler Organismus unter Beihilfe aller Regierungen mit Zustimmung der Sowjet-Regierung eine wirklich zweckmäßige Hilfsaktion und Initiative zu einer einheitlichen Sammlung und Verteilung der Hilfsmittel ergreifen kann. Es fordert deshalb die Delegierten aller europäischen und amerikanischen Vereinigungen auf, die zugunsten Russlands eingreifen wollen, sich am 15. August in Genf zur Vorbereitung einer internationalen Hilfsaktion einzufinden. Das Komitee hofft, daß die Regierungen ihre Vertreter zu dieser Zusammenkunft entsenden werden.

London, 7. Aug. Dem Sunday Express zufolge hat die britische Regierung über die neue engländische Politik zur Unterstützung Russlands auf dem Gebiet des Handels einen Beschluß gefaßt. Er wird den Überseehandelsplan auch auf Russland ausdehnen. Die britische Regierung wird auch den Beschluß des Obersten Rates hinsichtlich der Organisation der Sendungen für Russland zustimmen. Der Oberste Rat, es sei jetzt die letzte Gelegenheit, da unter der Teilnahme Deutschlands als gleichberechtigtem Mitglied Russland in ein vollkommen zivilisiertes System der Wirtschaft, Mitwirkung und wirtschaftlichen Wiederherstellung hineinzubringen.

Amerikanische Hilfe für Russland.

Paris, 7. Aug. Wie die Chicago Tribune aus Washington meldet, besteht Staatssekretär Hoover darauf, daß mit der Sowjetregierung selbst verhandelt wird, bevor das amerikanische Hilfswerk für die Hungersnot in Russland in Kraft gesetzt wird. Nach Hoover's Ansicht ist die Sowjetregierung die einzige Stelle, die den Schutz und die Freiheit der Amerikaner in Russland garantieren könne.

Lichtenstein.

Romanistische Sage aus der württembergischen Geschichte von Wilhelm Hauff.

Es ist noch lange bis dahin, und jeden Augenblick muß ich an ihn denken; wenn du es nicht magst, so muß ich mich an den Hund wenden, vielleicht ist er gütiger als du.“

„Versuche es immer“, rief Marie lächelnd, „wenn er sprechen kann, so soll er es nur verstehen.“ „Hör einmal, du ungeheurer Gefelle“, wandte sich Georg zu dem Hund, der ihn aufmerksam anschau, „sage mir, wie heißt dein Herr?“

Der Hund richtete sich stolz auf, riß den weiten Nacken auf und brüllte in schrecklichen Tönen: „U — u — u!“

Marie errödete. „Daß doch die Posten“, sagte sie und rief den Hund zu sich: „wer wird mit Hund sprechen, wenn man in menschlicher Gesellschaft ist!“

Georg schien nicht darauf zu hören. „U! hat er gesagt, der gute Hund? Der ist darauf geschult, ich wollte alles wissen, es ist nicht das erste Mal, daß man ihn fragt: wie heißt dein Herr?“

Raum hatte Georg die letzten Worte gesprochen, so fing der Hund mit noch gütlicheren Tönen als vorher sein U — u — u! zu heulen an. Auf seine neue errödete Marie, sie hieß beinahe unwillig den Hund schweigen; er legte sich ruhig zu ihren Füßen.

„Da haben wir's“, rief Georg lachend, „der Herr heißt U! Und sing das sonderbare Wort auf dem Kinde, den mir der Ritter gar nicht aus dem U! an? Ungeheuer! Heißt dein Herr vielleicht Uffenheim? Oder Uggel? Oder Umm? Oder vielleicht gar —“

„Uffin! Der Hund hat gar keinen anderen Laut als U!; wie magst du dir nur Mühe geben, daraus etwas zu folgern! Doch hier kommt der Vater den Berg herauf; willst du, daß es ihm verborgen bleibe, so nimm dich zusammen und verlate dich nicht. Ich gehe jetzt; denn es ist nicht gut, wenn er uns bestannen antreibt.“

Georg gelobte es. Er umarmte noch einmal die Geliebte und verschwand von ihrem süßen Mund auf

viele Stunden, um wenigstens an der Erinnerung sich zu erfreuen, wenn die Gegenwart des Vaters jede zärtliche Annäherung unmöglich machte. Der Hund des Herrn U! — sah verwundert auf die liebliche Gruppe; doch ließ es, daß er wirklich Menschenverstand hatte oder daß er bei seinem Herrn schon Nechtes erlebt hatte und einfach, daß der Junter das Fräulein nicht umbringen wollte, er machte keine Miene, seiner Dame zu Hilfe zu kommen, und erst der Puffschlag, der von der Bräute heraufscholl, schreckte die Erbteube aus den Armen des glücklichen Jünglings.

24. Markfreitag und Osterfest waren vorübergegangen, und Georg von Zuträcker befand sich noch immer in Lichtenstein. Der Herr dieses Schlosses hatte ihn eingeladen, bei ihm zu verweilen, bis etwa der Krieg eine andere Verwendung nehmen würde oder Gelegenheit da wäre, der Sache des Herzogs wichtige Dienste zu leisten. Man kann sich denken, wie gerne der junge Mann diese Einladung annahm. Unter einem Dach mit der Geliebten, immer in ihrer Nähe, oft ein Stündchen mit ihr allein, von ihrem Vater geliebt — er hatte in seinen kühnen Träumen kein ähnliches Glück ahnen können. Nur eine Wolke trübte den Himmel der Lebenszeit, die düstere Wolke, die zuweilen auf der Stirne des Vaters lag. Es schien, als habe er nicht die besten Nachrichten von seinem Herzog und dem Kriegsschauplatz. Es kamen zu verschiedenen Tageszeiten Boten in die Burg, aber sie kamen und gingen, ohne daß der Ritter seinem Gast eröffnete, was sie gebracht haben. Einmal glaubte Georg in der Abenddämmerung sogar den Pfister von Hardt über die Brücke schleichen zu sehen; er hoffte von diesem vielleicht etwas erfahren zu können, er eilte hinab, um ihm zu begegnen, aber wenn er bis an die Brücke kam, war jede Spur von ihm verschwunden.

Der junge Mann schaute sich etwas beleidigt über diesen Mangel an Zuträcker, wie er es bei sich und seinen Neugierungen gegen Marie nannte. „Ich habe doch den Freunden des Herzogs mich ganz und gar angeboten, obgleich ihre Partei nicht viel Lofendes hat; der Mann in der Hofe und der Ritter von Lichtenstein bewiesen mir Freundschaft und

Vertrauen, aber warum nur bis auf diesen Punkt? Warum darf ich nicht erfahren, wie es mit Lichtenstein steht? Warum nicht, wie der Herzog operiert, um sein Land wieder zu erobern? Bin ich nur zum Dreinschlagen gut? Verschmäht man mich mit Rat?“

Marie suchte ihn zu trösten. Es gelang oft ihren schönen Augen, ihren freundlichen Reden, ihn diese Gedanken verjagen zu lassen, aber dennoch lehrte sie in manchen Augenblicke wieder, und die sorgenvolle Miene des alten Herrn maßte ihn immer an die Sache, welcher er beigetreten war.

Am Abend des Osterfestes konnte er endlich dieses Stillstehens nicht länger ertragen. Er fragte auf die Gefahr hin, für unbedachten zu gelten, wie es mit dem Herzog und seinen Plänen stehe, ob man nicht auch seiner endlich einmal bedürfe. Aber der Ritter von Lichtenstein drückte ihm freundlich die Hand und sagte: „Ich sehe schon lange, waderer Junge, wie es dir das Herz beinahe abdrücken will, daß du nicht teilnehmen kannst an unseren Mühen und Sorgen; aber gedulde dich noch einige Zeit, vielleicht nur eine Tag noch, so wird sich manches entscheiden. Was soll ich dich mit ungewissen Nachrichten, mit traurigen Volkssagen plagen? Dein heiterer Gemut ist nicht gemacht, bedächtig in ein Gewebe von Bosheit zu schauen und die künftige geschlungenen Fäden wieder los zu machen. Wenn die Entscheidung naht, dann, glaube mir, wirst du ein willkommener Genosse sein, bei Rat und Tat. Nur so viel brauchst du zu wissen, es steht mit unserer Sache weder schlimm noch gut; doch bald muß es sich entscheiden.“

Der junge Mann sah ein, daß der Alte recht haben konnte, und doch war er nicht weniger als aufgebracht mit dieser Antwort. Auch erfuhr er den Namen des Geächteten nicht. Marie hatte ihn, als er in der nächsten Nacht ins Schloss gekommen war, gefragt, ob sie ihrem Gast seinen Namen nennen dürfe, er hatte nichts darauf gesagt, als: „Noch ist nicht an der Zeit!“

Noch ein dritter Umstand war es, der Georg beinahe beleidigend vorkam. Er hatte dem Herrn von Lichtenstein gesagt, wie sehr ihn der Mann in

der Hofe angezogen habe, wie er nichts Erfreulicheres kenne, als recht oft in dessen Nähe zu sein, und dennoch hatte man ihn nie mit einem Wort eingeladen, eine Nacht mit dem geheimnisvollen Gast zuzubringen. Er war zu stolz, sich aufzudrängen, er wartete von Nacht zu Nacht, ob man ihn nicht herabrufen werde, seinen Mann zu sprechen; es geschah nicht, er beschloß, wenigstens einmal uneingeladen zuzutreten, wie der Fremde in die Burg komme, und betrachtete sich deshalb die Gelegenheit genau. Seine Kammer, wofür er regelmäßig um acht Uhr geführt wurde, lag gegen das Tal hinaus, gerade entgegengesetzt der Seite, wo die Brücke über den Abgrund führte. Von hier war es also nicht möglich, ihn kommen zu sehen, das große Zimmer im zweiten Stock, das nicht weit entfernt von seiner Kammer lag, wurde jede Nacht abgegeschlossen, von dort aus konnte er also auch nicht hinausgehen. Auf dem Vorplatz, der die Kammer umfing und den Saal verband, gingen zwar zwei Fenster gegen die Brücke hinaus, sie waren aber vergittert und hoch, so daß man zwar ins Freie hinaus, aber nicht hinab auf die Brücke sehen konnte.

Es blieb ihm daher nichts übrig, als sich irgendwo zu verkriechen, wenn er den nächsten Besuch sehen wollte. Im ersten Stock war dies nicht möglich, weil dort so viele Leute wohnten, daß er leicht entdeckt werden konnte. Doch als er den Vorplatz und die Ställe musterte, die unter dem Schloss in den Felsen gehauen waren, bemerkte er an der Zugbrücke eine Nische, die von den Torfängen bedeckt wurde, welche man nur, wenn der Feind vor den Toren war, verschloß. Dies war der Ort, der ihm Sicherheit und zugleich Raum genug zu gewähren schien, um zu beobachten, was um ihn her vorging. Links vor der Nische schloß sich die Zugbrücke an das Tor, rechts war die Treppe, die hinaufführte, vor ihm der Vorplatz, den jeder gehen mußte, der ins Schloss kam. Dort hin beschloß er in der kommenden Nacht sich zu schleichen.

(Fortsetzung folgt.)
